

# Der Deutsche Bund - Notbehelf oder Zukunftsmodell?

Der Deutsche Bund führt traditionell ein Schattendasein in deutschen Geschichtsbüchern, behauptete doch die viele Jahre kaum bestrittene Meistererzählung, er habe der Bildung eines deutschen Nationalstaats im Wege gestanden, sei geradezu schuld an der "verspäteten" deutschen Nation. Obwohl es seit seiner Entstehung 1815 auch immer anderslautende Meinungen von Publizisten wie Historikern gab, dominierte die klassische borussisch geprägte Sicht auf den Deutschen Bund bis 1945. Erst allmählich erkannte man, was der Deutsche Bund leistete in einer Zeit, die fundamentale Veränderungen für die Menschen mit sich brachte.

Die Schüler sollen in diesem Modul ein Bild von der Wandelbarkeit historischer Urteile erhalten. Dazu analysieren sie unterschiedliche Einschätzungen des Deutschen Bundes seit dem 19. Jahrhundert, arbeiten heraus, welche Kriterien diesen Urteilen zugrundelagen, und bewerten die Leistung des Deutschen Bundes aus gegenwärtiger Perspektive schließlich selbst, indem sie sich auch Rechenschaft über ihre eigenen Beurteilungskriterien ablegen.



**Der Doppeladler: das Wappen des Deutschen Bundes**

## **Aufgabe:**

1. Erstelle eine Zeitleiste und markiere hierauf, ob der Deutsche Bund positiv oder negativ eingeschätzt worden ist. Lies hierzu alle drei Dokumente.

Sammele in den Texten Argumente, die der positiven bzw. negativen Bewertung zugrundeliegen.

- Die Perspektive des 19. Jahrhunderts
- Die Perspektive des 20. Jahrhunderts
- Eine heutige Perspektive

2. Präsentiere deine Zeitleiste und vergleiche die zugrundeliegenden Argumente mit denen der anderen Schülern.

Bewerte aus heutiger Sicht: Was sind die Leistungen, was die Versäumnisse des Deutschen Bundes? Formuliere eine persönliche Gesamtbewertung, bei der du offenlegst, welches das entscheidende Kriterium deiner Bewertung ist.



# Die Perspektive des 19. Jahrhunderts auf den Deutschen Bund

Der Göttinger Historiker Arnold Hermann Ludwig Heeren charakterisierte den Deutschen Bund 1816 als «Centralstaat» von Europa und als europäischen Friedensstaat. Er sei ein wesentliches Element für das europäische Gleichgewicht und stehe im Gegensatz zur napoleonischen «Universalmonarchie» über Europa. Seine geographische Lage mache den deutschen Bundesstaat zum «Mittelpunct dieses Systems». Mit fast allen europäischen «Hauptstaaten» habe er gemeinsame Grenzen. Europäische Ereignisse könnten ihm ebenso wenig gleichgültig bleiben wie den anderen Mächten das politische System des Zentralstaates von Europa. Ein deutscher nationaler Einheitsstaat mit seinem Gesamtpotential könnte hegemoniale Tendenzen entwickeln. Er würde «binnen kurzem das Grab der Freyheit von Europa» werden.

Heeren verwies aus einer von ihm in seinen Werken unterstrichenen gesamteuropäischen Sichtweise auf ein Kernproblem deutscher Staatlichkeit: Die deutsche Frage und die Bedingungen ihrer Lösbarkeit sind ein Schlüsselproblem der europäischen Ordnung und des internationalen Systems geblieben. [...] Seine positive Bewertung des Deutschen Bundes, seine Hoffnung, dass dieser als Föderativordnung den europäischen Frieden sichern und einen Machtstaat im europäischen Zentrum verhindern werde, trug dazu bei, dass dieser Gedanke, der «so etwas wie sein politisches Vermächtnis» war, seit dem Vormärz «das Haupthindernis der Heerenrezeption» (Christoph Becker-Schaum) wurde. Seine Sichtweise passte nicht in eine am Nationalstaat orientierte deutsche Geschichtsschreibung.



*Ernst Moritz Arndt*

**Arnold Hermann Ludwig Heeren und Ernst Moritz Arndt**

Quelle: wikipedia

Der Deutsche Bund entsprach nicht der Vorstellung von einem machtvollen Staat. Schon 1815 hatte der 1860 verstorbene Ernst Moritz Arndt dem Bund die Fähigkeit abgesprochen, die politische Zerrissenheit Deutschlands zu überwinden. Er könne nicht begreifen, «wie die Deutsche Bundesversammlung den deutschen Kaiser ersetzen kann, wie ein Staat vieler Staaten bestehen kann ohne eine mächtige zwingende Gewalt». In der Schlussphase der Napoleonischen Kriege hatte Arndt Preußen und seine Tugenden als Retter «Germaniens» und der «Freiheit der Welt» gepriesen und geurteilt, dass «Teutschlands Heil am meisten von Preußen ausgehen kann». Heinrich von Treitschke, der Trommler für ein «preußisches Reich deutscher Nation», hatte seit den 1860er Jahren einen preußisch geführten nationalen Einheitsstaat gefordert und den «deutschen Beruf» Preußens ideologisch vorbereitet. In seinem Festvortrag zur 50-Jahrfeier der zum nationalen Mythos stilisierten Leipziger Völkerschlacht von 1813 wurde der «Geist von 1813» beschworen. Nun eröffne sich eine zweite Chance für ein einiges, freies Deutschland, nachdem die erste 1815 verpasst worden sei. Den Deutschen Bund charakterisierte Treitschke im Mai 1866 als die «Internierung des Leichnams der deutschen Einheit» und freute sich, dass er «die Leiche des deutschen Bundes noch unbegraben in Verwesung übergehen» sehe. Als Institution sei er «armseliger als ein Staat dritten Ranges» gewesen. Den preußischen Sieg kommentierte Treitschke Ende Juli 1866 so: «Mit der Beseitigung der kleinen Kronen vollzieht sich nur ein Act der historischen Nothwendigkeit. Wer aus der Vergangenheit aller Nationen Europas noch immer nicht gelernt hat, dass die Kleinstaaterei in gereiften Culturvölkern keine Stätte hat und der Zug der Geschichte auf das Zusammenballen großer Massen weist, dem müssen [ ... ] endlich sich die Augen öffnen.» Das Ende des Deutschen Bundes bedeutete für den als Burschschafter verfolgten Historiker Wolfgang Menzel, dass «die großen Hoffnungen der deutschen Nation in Erfüllung gehen» und der Deutsche Bund, «das jämmerlichste Pfluswerk, das die Weltgeschichte je gesehen hat», von einem starken Nationalstaat abgelöst werde.



Wolfgang Menzel.

### Heinrich von Treitschke und Wolfgang Menzel

Quelle: wikipedia

Das Negativbild Arndts über den Deutschen Bund und sein Bedauern, dass sich die auf Preußen gesetzten Hoffnungen der deutschen Nation wegen der Politik Metternichs nicht verwirklichen ließen, fand über Wolfgang Menzel, Heinrich von Treitschke und Heinrich von Sybel Eingang in das preußisch-deutsche Geschichtsbild. Die «kleindeutschen Geschichtsbaumeister» (Ernst Schulin) versuchten die Reichsgründung von 1870/71 historisch zu legitimieren. Sie verknüpften die vermeintlichen Erwartungen der deutschen

Nation von 1813 auf Einheit und Freiheit und die historische Mission Preußens für Deutschland. Was 1815 Preußen in einer «Lebensfrage» der deutschen Nation verwehrt worden sei, werde nun endlich Wirklichkeit. Preußen habe seinen «deutschen Beruf» mit der Reichsgründung gegen den Widerstand Österreichs und anderer Partikulargewalten machtvoll durchgesetzt.

Die Reichshistoriographie prägte die deutsche Geschichtsschreibung. Eine von ihren «Geschichtsbaumeistern» entworfene und dominierte preußisch-kleindeutsche, am deutschen Nationalstaat ausgerichtete Nationalgeschichte des 19. Jahrhunderts hat wegen der internationalen Bedeutung und Wirkung der deutschen Geschichtswissenschaft — auch bis weit in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts — das Bild von der deutschen Geschichte zwischen 1800 und 1866/71 nachhaltig beeinflusst und geprägt. Es entstand ein falsches, verzerrtes, am nationalen Machtstaat orientiertes Bild vom Deutschen Bund. Er wurde, wie es der britische Historiker James Viscount Bryce formulierte, als «Notbehelf» gesehen und als «unbefriedigender Kompromiß» zwischen der «Realität lokaler Souveränität und dem Schein nationaler Einheit, der nach einem unedlen und über ein halbes Jahrhundert oft bedrohten Leben auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und Langensalza ohne Bedauern zu Tode kam». Der liberale britische Historiker William Harbutt Dawson verachtete ihn als die «organisierte Uneinigkeit». Er nannte den Bund ein «sterilisiertes Kind des Partikularismus».

# Die Perspektive des 20. Jahrhunderts auf den Deutschen Bund

Das in der Reichsgründungszeit etablierte Bild vom Deutschen Bund lebte in nationalen und internationalen Darstellungen zur deutschen Geschichte, trotz gewisser Differenzierungen, fort. Dies galt auch für die in den 1930er Jahren in die USA und nach Großbritannien emigrierten liberalen deutschen Historiker. Die deutsche landesgeschichtliche Forschung hatte ihre Mission mit dem Aufgehen ihrer Länder im Reich als erfüllt angesehen. Der Ausfall der Landesgeschichte als Korrektiv bewirkte, dass es zu unzulässigen, an Preußen orientierten Generalisierungen kam. Dies galt auch für das politische System und die Verfassungsordnungen, beispielsweise in den süddeutschen Staaten, in den Hansestädten und in der Habsburgermonarchie, die sich von Preußen unterschieden. Die preußischen Reformen seit 1807 standen für die «deutsche Reformzeit», während die Rheinbundreformen ausgeblendet wurden. Die Orientierung am Nationalstaat und einem unitarischen System mit gewissen Konzessionen an föderative Elemente beherrschte auch die Diskussionen in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«. Sie brachten kaum Korrekturen am Geschichtsbild. [...]



**In Frankfurt wurde auf dem sog. Fürstentag 1863 über eine Reform der Bundesverfassung beraten. Als Preußen dem Treffen fernblieb, scheiterten die Verhandlungen. Quelle: wikipedia**

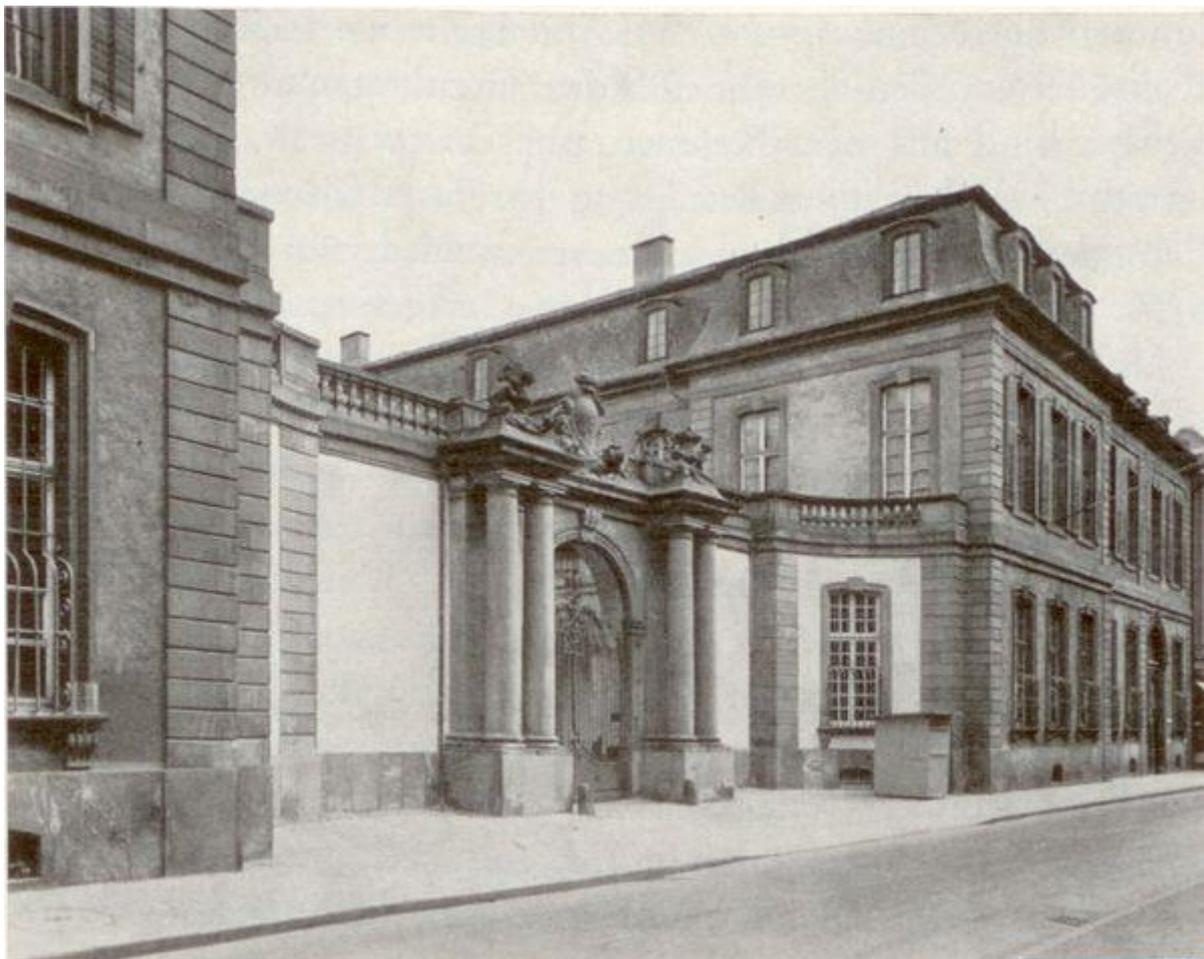
Eine Neubewertung des Bundes setzte in der deutschsprachigen Forschung auch nach 1945 nur langsam ein, befördert durch ein neues Interesse an föderativen Ordnungsmodellen, das sich insbesondere aus den Anfängen der europäischen Integration und dem föderativen Staatsaufbau der Bundesrepublik speiste. [...] Der kanadische Historiker Robert Spencer etwa begründete 1962 in einem grundlegenden Aufsatz, warum eine Geschichte des Bundes so schwierig zu schreiben sei. Seine allgemeine Geschichte sei bekannt. Dies gelte jedoch nicht für wichtige Aspekte seiner Funktionsweise, seiner Aufgaben, Leistungen und Erfolge. Diese würden vielfach missverstanden und historisch falsch eingeordnet. Eine Analyse der Bundesebene, ohne die einzelstaatlichen und europäischen Entwicklungen zu berücksichtigen, greife zu kurz. Binnen- und internationale Geschichte müssten in einer Geschichte des Deutschen Bundes verknüpft werden.

Seit den 1970er Jahren begann sich in der deutschsprachigen Forschung die Bewertung des Deutschen Bundes und seines Stellenwerts für die deutsche und europäische Geschichte

deutlich zu verändern. Es wurde ein Editionsprojekt zur politischen Geschichte des Deutschen Bundes zwischen 1815 und 1866 auf den Weg gebracht. Es erschienen zahlreiche Studien zu Einzelaspekten der Bundesgeschichte, von der Finanzverfassung über die Publizistik, das Militärwesen und Verfassungsfragen zur Bundesreform, zum Zollverein, zur internationalen Ordnung, zum Verhältnis zwischen Einzelstaaten und Bund, sowie Einführungen in die Bundesgeschichte. Insbesondere die Landesgeschichtsforschung nahm den Deutschen Bund als Untersuchungsgegenstand wieder in den Blick. [...] Ein europäischer und einzelstaatlicher Ansatz verschob den Fokus, weg von einer ausschließlichen Fixierung auf die Reichs- und Nationalstaatsgründung. Aus einer neuen und komplexeren Sicht wandelte sich das Bild vom Deutschen Bund. Das Urteil wurde ausgewogener.

# Eine heutige Perspektive auf den Deutschen Bund: Wolf D. Gruner

Heute eröffnen sich aus dem Blickwinkel der Globalisierung und Europäisierung für die Erforschung des Deutschen Bundes und seine Einbindung in europäische, nationale und regionale Zusammenhänge neue Perspektiven. Sein historischer Ort wird erst vor dem Hintergrund europäischer Rahmenbedingungen und der Transformationsprozesse vom Alten Europa zum Europa der Moderne des langen 19. Jahrhunderts sichtbar.



**Der Sitz der Bundesversammlung in Frankfurt: das Palais von Thurn und Taxis.**

Quelle: wikipedia

Die Gründung des Deutschen Bundes auf dem Wiener Kongress am Ende der langen Kriege fiel in eine Zeit, die aus strukturgeschichtlicher Perspektive durch eine dreifache Revolution gekennzeichnet war. Die technisch-wissenschaftliche Revolution, durch die der Prozess der Industrialisierung angeschoben wurde und bahnbrechende Entwicklungen im Transportbereich befördert wurden, sowie die Agrarrevolution, die Ertragssteigerungen durch neue Anbautechniken ermöglichte, und die demographische Revolution, die nicht zuletzt durch Fortschritte in der Hygiene und der Medizin ermöglicht wurde. Diese Revolutionen veränderten grundlegend Leben und Umwelt der Menschen. Sie beförderten entscheidend den gesamtgesellschaftlichen Wandel, beispielsweise die Binnenmigration, die Urbanisierung und die Entstehung einer industriellen Massengesellschaft. Die «transatlantische Doppelrevolution» – die Gründung der USA als demokratische Republik und die Französische Revolution von 1789 – etablierte zudem ein neues Politikverständnis. Ihre Ideen

hatten nachhaltige Wirkungen auf die europäische Staatenwelt. Sie betrafen das politisch-soziale System und vor allem auch die Idee von der Nation. Die Idee von der «dynastischen Nation» mutierte durch die Revolution zur «politischen Nation», die in einem nationalen Staat zusammenleben sollte. Dieses Erbe der Französischen Revolution von 1789 wurde vor dem Hintergrund der dynamischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zum Sprengsatz für das internationale System, zu dessen Entschärfung der Deutsche Bund beitragen sollte.



**Otto von Bismarck um 1862 - unter seiner Führung steuerte Preußen auf die "kleindeutsche" Lösung zu.**

Quelle: Bundesarchiv B 183-R15449

Nach den Erfahrungen der langen und blutigen europäischen Kriege seit 1600 wurden Frieden und Sicherheit zu Leitkategorien der europäischen Politik. Ziel war es, den Frieden durch eine funktionsfähige, rechtlich und institutionell abgesicherte politische Organisationsform für Europa sicherzustellen. Dieser Bewusstseinswandel fand Eingang in die politischen Nachkriegsplanungen. Auslöser hierfür waren neben den personelle und materielle Ressourcen verschlingenden Kriegen auch ein modernes Menschen- und Gesellschaftsbild, ein durch Massenheere verändertes Kriegswesen, eine Ideologisierung der Kriegsführung und neue Militärstrategien. Einen besonderen Schub erfuhr das Streben nach einem sicheren Frieden auch durch die beispiellose Brutalität des Krieges und die nachhaltigen Umwälzungen in mehr als zwanzig Jahren Krieg. Zentrale Bedeutung erhielten die großen territorialen Veränderungen, die Entwurzelung und horizontale Mobilität der Menschen und die Chancen einer vertikalen Mobilität durch sozialen Aufstieg. In der Endphase der Kriege waren keine hegemonialen, sondern Konzepte jenseits von Machtpolitik, Krieg und Gewalt

gefragt. Diese ließen sich nur in einem multipolaren Gleichgewichtssystem mit neuen und veränderten Mechanismen der Konfliktregulierung verwirklichen. Die traditionellen Regulierungsmechanismen hatten sich als der falsche Weg erwiesen. Neue, den veränderten Rahmenbedingungen angepasste institutionelle und rechtliche Methoden jenseits von Gewalt und dynastischer bzw. nationaler Machtpolitik waren gefragt. Dabei war es für eine wirkungsvolle staatliche Handlungsfähigkeit und die Sicherung der einzelstaatlichen Souveränität von grundlegender Bedeutung, dass die Voraussetzungen hierfür durch Reformen und den Aufbau einer modernen und effizienten Verwaltung auf allen Ebenen mit qualifizierten Beamten und Fachministerien geschaffen wurden.



**Preußische Soldaten im deutsch-dänischen Krieg von 1864**

Quelle: Bundesarchiv B 146-1972-055-56

Werden diese bislang in der historischen Analyse und Darstellung vernachlässigten Einflussfaktoren berücksichtigt, eröffnet sich ein neues Verständnis für die historische Leistung des Deutschen Bundes im Übergang vom Alten Europa zum sich modernisierenden und industrialisierenden Europa des langen 19. Jahrhunderts. Der Wiener Kongress, die dort geschaffene Völkerrechtsordnung und der Deutsche Bund als Band der föderativen deutschen Nation und als für die europäische Entwicklung im 19. Jahrhundert wichtiger Friedensstaat erscheinen dadurch in veränderten europäisch-internationalen, nationalen und einzelstaatlichen Bezugssystemen. Nur ein multiperspektivischer Forschungsansatz und die Einbindung des Deutschen Bundes in die europäische Transformationszeit lassen diese lange vergessene Form deutscher Staatlichkeit in einem historisch angemessenen Licht erscheinen.